

neue. praxis

Zeitschrift für
Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik

BEITRÄGE

NORBERT WOHLFAHRT

(Menschen)rechtsfundierte Sozialpolitik:
Anmerkungen zur politischen Ökonomie
von Selbstbestimmung und Inklusion
(S. 211-223)

Norbert Wohlfahrt

(Menschen)rechtsfundierte Sozialpolitik: Anmerkungen zur Politischen Ökonomie von Selbstbestimmung und Inklusion

Vorbemerkung

Die mit der Agenda 2010 eingeleitete Entwicklung ist fälschlicherweise als »neoliberale Wende« der Sozialpolitik bezeichnet worden und hat zu Resultaten geführt, die als Auseinanderdriften von Arm und Reich (Bertelsmann Stiftung, 2011), Entstehen eines Prekariats von beträchtlichem Umfang (Bude, 2008), ja sogar als Wende hin zu einer »Abstiegsgesellschaft« (Nachtwey, 2016) beschrieben worden sind¹. Um so bemerkenswerter ist es, dass mit Blick auf die Zielsetzungen von Sozialpolitik und ihre Begründung ein Paradigmenwechsel hin zu einem »rechtebasierten Ansatz« (Graumann, 2016) beobachtet wird, mit dem normative Prinzipien wie »Selbstbestimmung« und »Inklusion« in den Mittelpunkt rücken und der geeignet ist, die traditionellen fürsorgerischen und paternalistischen Zugangsweisen der Sozialpolitik zu überwinden und das Recht auf unabhängige Lebensführung und Inklusion zu gewährleisten. Begründend hierfür ist der Bezug auf Menschenrechte und ihre Konkretisierung, bspw. in Konventionen wie der UN-Behindertenrechtskonvention. Diese Entwicklung in der Begründung von Sozialpolitik und die daraus folgenden Konsequenzen gilt es zu erklären.

Rechte-
basierte
Sozialpolitik

1 Das Menschenrecht auf Sozialpolitik

1.1 Das allgemeine Prinzip von Sozialstaatlichkeit im Kapitalismus

In der modernen kapitalistischen Gesellschaft ist dem Grundsatz nach jeder Bürger für sich selbst verantwortlich. Es gehört zu den staatlich verbürgten Frei-

¹ Wenn man unter neoliberal die Forderung nach einer veränderten Rolle des Staates, der durch Delegation von Aufgaben an Zivilgesellschaft oder Markt schlanker werden und durch weniger Hierarchie effizienter agieren soll, versteht, dann hat der Begriff neoliberal wenig Erklärungskraft mit Blick auf die Reformen der letzten Jahre. Ob Finanz- Euro- oder Sozialstaatskrise – die Staaten handeln nach dem Prinzip des Erhalts und der Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und setzen hierfür die entsprechenden Maßnahmen durch. Vom Washington Consensus (der als Inbegriff neoliberaler Regulierung gilt) bis hin zur Staatsschuldenkrise praktizieren die Staaten eine Politik, Arbeitsmarkt- und Soziaastaatsstrukturen aufzubrechen, um für ihre Wirtschaft bessere Akkumulationsbedingungen durchzusetzen. Die Politische Ökonomie des Kapitalismus setzt auf eine Radikalisierung der Konkurrenzbedingungen, die international die Frage aufwirft, was die Nation davon hat und national die Konkurrenzverlierer nach einem starken Staat rufen lässt, der seine Gewalt dazu nutzen soll, seine Interessen gegen alle (vermeintlichen) Bedrohungen vehement durchzusetzen. (Zur konzeptionellen Unschärfe des Begriffs Neoliberalismus vgl. Biebricher 2015. Zu Unterschieden und Identitäten liberaler und keynsianischer Wirtschaftspolitik vgl. Lueer, 2016.)